

FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG, JÜRGEN-FUCHS-  
STR.1 99096 ERFURT

**Offener Brief an die Deutsche Poli-  
zeigewerkschaft im DBB (DpolG)  
Landesverband Sachsen e.V.**

**Fraktion im Thüringer Landtag**

**Astrid Rothe Beinlich**

Parlamentarische Geschäftsführerin  
Vizepräsidentin im Thüringer Landtag  
**Sandra Reda, Referentin PGF**  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Jürgen-Fuchs-Str.1  
99096 Erfurt

Wahlkreisbüro Astrid Rothe-Beinlich  
Mitarbeiterin: Stefanie Dolling  
Lutherstr.5  
99084 Erfurt  
buero@rothe-beinlich.de  
www.rothe-beinlich.de

**Beihilfe oder Zivilcourage? ParlamentarierInnen üben den  
Aufstand der Zuständigen und beteiligen sich an friedlichen Blockaden mit Erfolg!**

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

mit Erstaunen und zunehmenden Erschrecken habe ich Ihre Pressemitteilung vom 15. Februar 2010 gelesen und sehe mich geradezu genötigt, als in mehrfacher Hinsicht Betroffene, darauf öffentlich zu reagieren.

Ich gehöre zu den ErstunterzeichnerInnen des Aufrufs „Dresden nazifrei“ und war selbstverständlich am 13. Februar in Dresden . insbesondere auf dem Albertplatz in Neustadt unweit vom Neustädter Bahnhof. aktiv beteiligt, mit dazu beizutragen, friedlich zu demonstrieren, damit die Nazis das Gedenken zum 65. Jahrestag der Bombardierung Dresdens nicht für ihre revisionistische und geschichtsverfälschende Ideologie instrumentalisieren können.

Und: wir waren extrem erfolgreich . WIR ALLE; die wir auf unterschiedlichste Art und Weise Gesicht gezeigt haben . gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit.

Erinnern wir uns: Es war ein starkes Signal der Zivilgesellschaft. Am vergangenen Samstag blockierten Tausende Menschen rund um den Neustädter Bahnhof den Aufmarsch von mehreren tausend Nazis aus ganz Europa. Bereits die Anreise der Nazis, die mit einem „Trauermarsch“ an die Bombardierung Dresdens erinnern wollten, wurde zum Desaster. Aufgrund der Blockaden war es ihnen nur sehr schwer möglich, zum Kundgebungsort zu gelangen. Der Marsch durch die Dresdener Neustadt musste letztlich abgesagt werden.

Nach Köln und Jena, hat damit auch Dresden gezeigt, dass ein Nazi-Aufmarsch mit friedlichen Blockaden verhindert werden kann. Der Versuch der Staatsanwaltschaft diese Protestform zu kriminalisieren und somit jegliche Gegenaktion schon vorab zu unterdrücken, hat wohl eher das Gegenteil bewirkt. Tausende von Menschen kamen aus dem gesamten Bundesgebiet, um an den Blockaden teilzunehmen. Die befürchteten gewaltsamen Ausschrei-

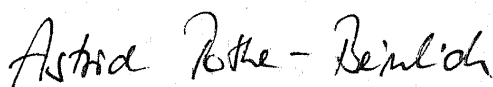
tungen blieben weitgehend aus. Insgesamt wurden lediglich 29 Personen durch die Polizei in Gewahrsam genommen. Das ist für ein Ereignis mit diesen Ausmaßen nicht besonders viel, obwohl der sächsische Innenminister zuvor verkündet hatte, dass es eine niedrige Einschreitschwelle" der Polizei an diesem Tag geben werde. Auch die Anzahl der Verletzten hielt sich zum Glück in Grenzen. Eine linksextremistische Gefahr" durch die Blockaden herauf beschwören zu wollen war und ist also mehr als abwegig, genau das tun Sie aber mit Ihrer Pressemitteilung.

Noch mehr erschüttert Ihre Darstellung in der besagten Pressemitteilung, die vor Gewalttätigkeiten von mutmaßlich linker Seite nur so strotzt. Keine Frage: Es darf keine Toleranz für Straftaten und für Gewalt geben, egal, von wo diese ausgeht. Und in der Tat war das Vorgehen der Polizei an diesem Tag zumeist angemessen und wirkte oftmals deeskalierend.

Völlig unverständlich war für mich hingegen, dass ich bereits um 9.03 Uhr einen Platzverweis für den Albertplatz erhielt - ohne nachvollziehbare Begründung und ohne dass zu diesem Zeitpunkt dort bereits eine Kundgebung oder ähnliches stattfand. Dies hinderte auch mich als Vizepräsidentin des Thüringer Landtags und Mitglied des Bundesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jedoch nicht daran, auf der mobilen Bühne nach dem Oberbürgermeister aus Jena, Dr. Albrecht Schröter, an besagtem Ort einen Redebeitrag zu halten und klar zu machen, dass es immer wieder den Mut braucht, sich Nazis in den Weg zu stellen, um "nie wieder" erleben zu müssen, dass Menschenfeindlichkeit und Rassismus breiter Fuß fassen.

Unser aller Ziel muss es doch sein, dass die Nazis nie wieder die Möglichkeit erhalten, ihr menschenfeindliches und geschichtsrevisionistisches Gedankengut durch die Straßen von Dresden zu tragen. Der 13. Februar 2010 war ein guter Anfang, jedoch muss nun daran gearbeitet werden, ein noch breiteres Bündnis zu schmieden, sich immer und immer wieder dem Nazi-Aufmarsch in den Weg zu stellen. Denn eines ist sicher, so wichtig wie unterschiedlichste friedliche Protestformen sind. Es waren nicht die Menschenketten und Friedensgebete, die den Nazi-Aufmarsch tatsächlich verhindert haben, sondern die Blockaden, die es den Nazis verunmöglichten, sich vom Sammlungsort am Neustädter Bahnhof auf ihren Marsch zu begeben.

Wenn Sie in Ihrer Pressemitteilung jedoch suggerieren, der Staat lasse "Chaoten in unserem Land wüten" und zudem behaupten, gewählte und vom Staat bezahlte Demokraten ließen sich von linken Systemgegnern und Gewalttätern instrumentalisieren, muss ich Ihnen energisch widersprechen. Ich beispielsweise war in Dresden, um den Aufstand der Zuständigen zu üben und Zivilcourage zu demonstrieren und damit meine Unterstützung mit allen Bürgerinnen und Bürgern zum Ausdruck zu bringen, die sich gegen den Naziaufmarsch seit Jahren zur Wehr setzen. Und da wünsche ich mir vielmehr, dass noch viel mehr Abgeordnete dem gleich tun, um zu zeigen, dass wir alle Verantwortung dafür tragen, dass Nazis nie wieder Mehrheiten und Köpfe aber auch nicht die Straßen und Plätze erobern können.



Astrid Rothe-Beinlich